

Saarland

KULTUR

Der herausragende Film „Porträt einer jungen Frau in Flammen“ erzählt von einer Liebe im 18. Jahrhundert. Seite B 4

INTERNET

Onlinekäufer sollten genau darauf achten, was sie wo kaufen, wenn sie kein schlechtes Geschäft machen wollen. Seite B 6

SAARBUECKER-ZEITUNG.DE/SAARLAND

Fälle aus Saarbrücken und Homburg am Pranger

Der Bund der Steuerzahler hat die Kostenexplosion beim Ludwigspark und die Rathaus-Affären in sein Schwarzbuch aufgenommen.

VON TOBIAS FUCHS

SAARBÜCKEN Das Ludwigs-park-Stadion und die Rathaus-Affären in Homburg stehen im gefürchteten Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler. Am Dienstag ist die neueste Ausgabe des Schwarzbuchs erschienen. Geht es um den Stadionbau in Saarbrücken, ist der druckfrische Band bereits überholt. Denn am Montag ist bekannt geworden, dass der Ludwigspark nochmals teurer wird. Statt 38 Millionen soll er nun „mindestens 41 Millionen Euro“ kosten, so der neue Oberbürgermeister Uwe Conradt (CDU). Dem Bund der Steuerzahler reichen schon die alten Zahlen für einen Eintrag ins finanzielle Sündenregister der Öffentlichen Hand aus. Auf zwei Seiten zeichnet Christoph Walter, der Landeschef des Steuerzahlerbundes, die Kostenexplosionen in Saarbrücken nach. Walter kommt zu

dem Fazit: „Die Sanierung des Ludwigsparkstadions wurde ohne fundierte Kostenkalkulation begonnen.“ Der Stadtrat habe dem Umbau zugestimmt, bevor ein entsprechendes Planungskonzept vorgelegen habe, kritisiert Walter. Bei der Vorstellung des Schwarzbuchs in Saarbrücken sagt er grundsätzlicher: „Im Umgang mit öffentlichen Projekten muss eine andere Mentalität her.“ Der Diplom-Kaufmann sprach von „Kostenehrlichkeit.“ Schnell den Überblick verliert der geneigte Leser des Schwarzbuchs bei den Rathaus-Affären in Homburg. Der suspendierte Oberbürgermeister Rüdiger Schneidewind (SPD) und sein Amtsvorgänger Karlheinz Schöner (CDU) wurden 2019 vom Landgericht zu Bewährungsstrafen verurteilt, gegen Ex-Bürgermeister Klaus Roth (CDU) hat die Staatsanwaltschaft kürzlich Anklage erhoben – weil er einen nie aus-

geführten Auftrag über 35 000 Euro an sein früheres Unternehmen vergeben und einen Großteil der Summe an sich umgeleitet haben soll, so die Staatsanwaltschaft.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in den Homburger Fällen und die Gerichtsverfahren machten deutlich, dass der Rechtsstaat funktioniere und sich auch Amtsträger für Verfehlungen verantworten müssten, heißt es im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler. „Es ist ein wichtiges Signal, dass das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärkt.“

OB Schneidewind, der 2014 ins Amt kam, hat sich nach Ansicht des

„Die Sanierung des Ludwigsparkstadions wurde ohne fundierte Kostenkalkulation begonnen.“

Christoph Walter

Landeschef des Steuerzahlerbundes



Die Kosten für den Umbau des Saarbrücker Ludwigsparks steigen und steigen.

FOTO: ANDREAS SCHLICHTER

Anzeige

ZWISCHEN MEDIA-MARKT + HELA BAUMARKT

LEDERLAND

VERKAUFSOFFENER SONNTAG, 3. NOVEMBER

Stoffgarnitur, 5-sitzig, z.B. 10 Jahre u. älter	bis zu 375€
Ledergarnitur, 5-sitzig, z.B. 10 Jahre u. älter	bis zu 750€
Stoffgarnitur, 3-sitzig, z.B. 5 bis 10 Jahre	bis zu 500€
Ledergarnitur, 3-sitzig, z.B. 5 bis 10 Jahre	bis zu 1000€

ÜBER 100 MODELLE AUSGESTELLT

ALTES SOFA RAUS, NEUES SOFA REIN!
Lederland nimmt wieder Ihre alte Sitzgruppe in Zahlung und das zu unschlagbaren Konditionen! Einfach Rechnung oder Foto Ihrer alten Sitzgruppe mitbringen! Wir freuen uns auf Sie!

LEDERLAND SAARBÜCKEN • WWW.LEDERLAND-SAARBUECKEN.DE

Dr. Tietz-Strasse 11 - 66115 Saarbrücken (Burbach) - +49 (0)681/8579 7777 - Öffnungszeiten: Montag - Samstag von 10-18:00 Uhr

Landgerichts der schweren Untreue schuldig gemacht. Als Rathauschef ließ er eine Detektei für einen sechsstelligen Betrag städtischen Bauhofmitarbeitern nachspüren, die Richter gingen von einem Schaden in Höhe von 130 000 Euro aus. Die sogenannte Detektivaffäre brachte Schneidewind im Februar eine Freiheitsstrafe von 15 Monaten, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, und eine Geldstrafe über 10 000 Euro ein. Dagegen hat der Kommunalpolitiker unlängst Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Auch gegen Karlheinz Schöner, der von 2008 bis 2014 das Homburger Rathaus führte, verhängte das Landgericht im April eine Strafe über 15 Monate, die drei Jahre zur

Bewährung ausgesetzt wurde. Hinzu kamen 12 000 Euro, die Schöner für eine Musikanlage an die Kommune zurückzahlen sollte, sowie 5000 Euro für eine gemeinnützige Organisation. Ihn verurteilten die Richter wegen Untreue und Vorteilsnahme. In diesem Fall ging es um Gartenarbeiten, die städtisches Personal auf dem Grundstück des früheren Verwaltungschefs verrichtet hatte, und den Kauf einer Musikanlage mit öffentlichen Geldern. Die Technik fanden Ermittler später im Proberaum einer Band – bei der Schöner am Schlagzeug saß.

In Homburg erkennt der Steuerzahlerbund zugleich ein allgemeines Problem: Das deutsche Strafrecht taugt in einer Vielzahl von

Fällen nicht, um Steuergeldverschwendung strafrechtlich beizukommen, heißt es im Schwarzbuch. Der Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht beschränkten die Strafbarkeit der sogenannten Haushaltsuntreue praktisch auf wenige Ausnahmefälle, beklagt die Organisation, die im Saarland rund 3500 Mitglieder hat. „Der Staat verlangt von uns Steuermoral, er schuldet aber seinen Bürgern Ausgabemoral.“

Wie kompliziert die Verfolgung von Haushaltsuntreue ist, zeigte sich im einzigen Fall aus dem Saarland, der es im vergangenen Jahr ins deutschlandweite Schwarzbuch geschafft hatte: die Finanzaffäre um den Landessportverband (LSVS).

Dessen Ex-Präsident Klaus Meiser (CDU) stand zwar auch vor dem Landgericht, doch ging es bei dem kurzen Prozess nicht um den Vorwurf der Haushaltsuntreue – und somit nicht um das Millionenloch, das die Finanzaffäre einst ausgelöst hatte. Einen Urteilsspruch über eine Freiheitsstrafe von 22 Monaten auf Bewährung musste Meiser wegen Untreue in fünf Fällen und Vorteilsnahme im Zusammenhang mit einer Geburtstagsfeier für Innenminister Klaus Bouillon (CDU) hinnehmen. Dagegen will die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Haushaltsuntreue einstellen – gegen Zahlung einer vom Landgericht verhängten Geldauflage in Höhe von 100 000 Euro.

EVS übernimmt Verarbeitung des Grünschnitts im Saarland

VON UDO LORENZ

SAARLOUIS Der gesammelte Grünschnitt von Wiesen und Hecken im Saarland wird vom nächsten Jahr an in allen 52 Städten und Gemeinden des Landes vom Entsorgungsbund Saar (EVS) abtransportiert und zu Kompost verarbeitet. Für die Bürger, die ihren Grünschnitt zu den jeweiligen Sammelstellen der Kommunen bringen, könnte es aber unterschiedliche Gebühren geben, wobei der EVS den Gemeinden im Schnitt einen Beitrag von acht Euro pro Kubikmeter berechnen will. Das hat EVS-Geschäftsführer Georg Jungmann (CDU) am Dienstag auf der Verbandsversammlung in Saarlouis-Fraulautern angekündigt.

„Würde die Grüngutgebühr für die Bürger zu hoch, würde der Grünschnitt irgendwo im Wald landen. Das aber kann nicht unser Ziel sein“, sagte Jungmann, der eine Gebühr von einem Euro pro Sack Grünschnitt-Anlieferung als angemessen empfindet. Zugleich beklagte der EVS-Geschäftsführer, dass es noch immer Kommunen im Land gibt, die keine Grüngutsammelstelle haben. Dies und der trockene Sommer hätten dazu geführt, dass das jetzt schon in 31 Gemeinden eingesammelte Grünschnitt in diesem Jahr weit hinter dem zunächst gemeldeten Aufkommen zurückgeblieben sei. Das habe zu Irritationen geführt. So gab es für die Gemeinden, falls sie etwa zu viel gemeldet hatten, un-

Der neue Vorsitzende der EVS-Verbandsversammlung, Hermann Josef Schmidt.

FOTO: BONENBERGER/KLOS



terschiedliche Gebühren. Für Wadgassen beanstandete Bürgermeister Sebastian Greiber (SPD), dass Strafzahlungen im Raum stünden für Minderungen: „Die Gebühren sind doppelt so hoch wie ursprünglich geplant.“ Dies solle in den Gemeinderäten kontrovers diskutiert werden. Der Illinger Bürgermeister und EVS-Sitzungsleiter Armin König (CDU) widersprach: „Der

EVS ist ein Solidarverband, was sich bei der einheitlichen Abwassergebühr gezeigt hat. Wir sollten an diesem System nicht rütteln.“ Auch Geschäftsführer Jungmann sagte: „Der Solidargedanke ist das Erfolgsrezept im EVS.“

Jungmann kündigte an, dass das für 40 Millionen Euro geplante neue Biomassezentrum in Velsen im Jahr 2024 in Betrieb gehen solle. Bei zwei Bürgerversammlungen in Großrosseln und Saarbrücken-Klarenthal habe sich gezeigt: „Die Leute glauben uns, dass wir eine solche Anlage technisch betreiben können und ohne Geruchsbelästigung im Griff haben.“ Probleme mache aber noch der Lieferverkehr mit fünf Lkws pro Stunde. Hier werde es noch Gesprä-

che mit dem Saar-Verkehrsministerium und dem Landesamt für Straßenbau geben. „Wir sehen uns hier an der Seite der betroffenen Kommunen“, sagte Jungmann.

Gut voran geht nach seinen Worten unterdessen der auf 20 Millionen Euro veranschlagte Neubau des EVS-Verwaltungsgebäudes in der Untertürkheimer Straße in Saarbrücken, der im Herbst 2020 bezogen werden und dann auf 6000 Quadratmetern Bürofläche alle Mitarbeiter zusammenführen soll. Durch Entlastung von Mietkosten soll sich dies auch positiv auf die Gebühren auswirken.

Zum neuen Vorsitzenden der EVS-Verbandsversammlung wählen die Vertreter der Kommunen

am Dienstag einstimmig den Tholeyer Bürgermeister Hermann Josef Schmidt (CDU). Er ist dabei Nachfolger des nach der Kommunalwahl aus dem Amt des Bürgermeisters der Gemeinde Großrosseln ausgeschiedenen Ratschefs Jörg Dreistadt (SPD). Schmidt sagte, der EVS habe sich schon zu einem schlagkräftigen Kommunalverband entwickelt und viele Neuerungen auf den Weg gebracht, aber mit der künftigen Einhaltung von Grenzwerten nach der Europäischen Wasserrechtslinie und der Grubenwasserproblematik auch „noch sehr viel Arbeit“. Sitzungsleiter König ergänzte: „Wir sind nicht der Entsorgungsbund der Bürgermeister, sondern der Kommunen und der Bürger.“

Zwölf Jahre Haft nach tödlichem Messer-Angriff

SAARBÜCKEN (wi) Wegen Totschlags hat das Landgericht Saarbrücken einen jungen Flüchtling aus Afghanistan zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Nach Feststellung der Richter hat der 23-Jährige am Abend des 14. April 2019 einen gleich alten Landsmann in dessen Wohnung in Saarbrücken mit einem Messer angegriffen und 32 Mal zugestochen. Dabei habe der Angeklagte mit dem unbedingten Willen zur Zerstörung eines anderen Menschen gehandelt. Täter und Opfer waren befreundet und Wohnungsnachbarn. Sie gehörten zu einer vierköpfigen Gruppe von jungen Männern, die sich zum Teil schon auf dem Weg von Afghanistan nach Deutschland kennenge-

lernt hatten. Freude und Bekannten beschrieben den Angeklagten als freundlichen und niemals aggressiven jungen Mann. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme dürfte seine Tat etwas mit seinem Gefühlsleben zu tun gehabt haben. Er habe deutliches Interesse an einer jungen Frau aus seinem Bekanntenkreis gezeigt. Diese habe jedoch kein Interesse an einer solchen Bindung gehabt. Das habe der Angeklagte nicht verstanden. Er habe deshalb seine Freunde für das Scheitern seiner Bemühungen verantwortlich gemacht, so die Richter. Er habe sich in die Vorstellung hinein gestiegert, dass die Freunde ihn bei der von ihm begehrten jungen

Frau schlecht gemacht hätten. Darüber habe der junge Mann mit seinen Freunden aber nicht geredet. Er habe sich vielmehr von diesen zurückgezogen. Nach und nach habe er sich immer mehr isoliert und gegrübelt. Auch zur Arbeit sei er phasenweise nicht mehr gegangen. Alles Anzeichen für eine klassische Depression, so das Gericht. Die Freunde hätten das nicht gewusst und versucht, Kontakt zu halten. Sie machten sich Sorgen. Einer von ihnen, der im gleichen Haus auf dem gleichen Flur wohnte, habe den 23-Jährigen schließlich zum Essen eingeladen. Nach einigem Zögern habe der Angeklagte zugestimmt. Er sei in die Wohnung nebenan ge-

gangen und habe ein Klappmesser mitgenommen, das er drei Wochen zuvor gekauft hatte. „Was dann passiert ist, das wissen wir nicht genau“, betonte der vorsitzende Richter in der Urteilsbegründung. „Wir wissen, es gab eine Auseinandersetzung. Den Grund dafür kennen wir aber nicht.“ Der Angeklagte sage dazu lediglich, dass er von dem Freund und Nachbarn beleidigt worden sei. Er habe sich deshalb aufgeregt und sei „ausgerast“. An der Täterschaft des Angeklagten und dem Ablauf der Tat gebe es jedoch keinen Zweifel, so das Gericht. Der Angriff sei bis ins Detail von Gerichtsmedizinern rekonstruiert worden.

MELDUNGEN

Achtung, hier blitzt heute die Polizei

SAARBÜCKEN (red) Die Polizei im Saarland hat für den heutigen Mittwoch, 30. Oktober, folgende Geschwindigkeitskontrollen angekündigt: auf der L 111 zwischen St. Ingbert und Blieskastel, auf der L 152 zwischen Nunkirchen und Weiskirchen, auf der A 1 zwischen Eppelborn und Riegelsberg sowie auf der A 8 zwischen Heusweiler und dem Autobahnkreuz Neunkirchen.

Frau aus Klinik verschwunden

PÜTTLINGEN (red) Janine Klein ist am 28. Oktober aus dem Knappschafts-

klitorium Püttlingen verschwunden. Sie ist 38 Jahre alt, 1,70 Meter groß und hat einen gekrümmten Gang. Wer sie sieht, sollte umgehend die Polizei informieren. Sie sollte nicht angesprochen oder berührt werden. Hinweise an Tel. (0 68 81) 50 50.

Homburger CDU mahnt Renovierung an

HOMBURG (red) In der Homburger City sind einige städtische Gebäude sanierungsbedürftig, so auch die Hohenburgschule. Sie soll jetzt auf Drängen der CDU renoviert werden.

Produktion dieser Seite:
J. Schleuning, T. Keßler
Oliver Schwambach